

## Schweiz

## Homeoffice-Pflicht vor dem Aus?

**Weitere Öffnungsschritte** Die Kantone fordern vehement die Abschaffung der verordneten Heimarbeit. Sie folgen damit den Arbeitgebern. Das letzte Wort hat aber der Bundesrat.

Edgar Schuler

Zum Ärger der Arbeitgebenden will der Bundesrat an der Homeoffice-Pflicht auch noch im Sommer festhalten. Ab dem 28. Juni soll es zwar im Privatleben, in Beizen und Fitnessclubs weitgehende Lockerungen geben. Aber eine Rückkehr an den Arbeitsplatz ist nicht vorgesehen – ausser in Betrieben mit einem aufwendigen Testkonzept.

Dagegen machen nun die Kantone mobil. In ihren Stellungnahmen zum jüngsten Öffnungsschritt des Bundesrats werden sie deutlich: Der Kanton Aargau fordert, «die Homeoffice-Pflicht – ohne an Auflagen gekoppelt zu sein – per 28. Juni 2021 aufzuheben». Die Pflicht soll in eine Empfehlung umgewandelt werden. Dabei soll den Betrieben auch empfohlen werden, Schutzmassnahmen zu ergreifen wie etwa regelmässige Tests. Der Kanton Zürich schliesst sich dem an und verlangt zudem, dass die verordnete Heimarbeit für geimpfte und genesene Mitarbeitende «vorbehaltlos aufgegeben» wird.

#### «Willens und in der Lage»

Die Ostschweizer Kantone Thurgau, St. Gallen, Appenzell Auser- und Innerrhoden ergänzen in einer gemeinsamen Stellungnahme, die Arbeitgeber seien selbst «willens und in der Lage», gemeinsam mit ihren Angestellten «das erforderliche und angemessene Mass» an Homeoffice zu definieren.

Gegen die Homeoffice-Pflicht hatten die Arbeitgebenden schon aufgebeugt, als der Bundesrat vor einer Woche die geplanten Lockerungen bekannt gemacht hatte. «Der Entscheid, an der Pflicht festzuhalten, ist nicht nachvollziehbar und realitätsfern», sag-



Müssen viele Angestellte schon bald wieder aus dem Homeoffice zurück in die Büros? Foto: Taddeo Cerletti

te Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Gewehrt hatten sich auch grössere Betriebe, die im Arbeitgeberverband zusammengeschlossen sind. Verbanddirektor Roland A. Müller sagte, die für eine Aufhebung der Pflicht geforderten regelmässigen Tests seien «aufwendig in der Durchführung und angesichts der Impffortschritte unverhältnismässig».

Bigler und Müller sind sich einig, dass wegen der Testerei faktisch nach wie vor eine Homeoffice-Pflicht herrschen würde.

Schon länger für die bedingungslose Aufhebung der Homeoffice-Pflicht weilt die Zürcher FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh: «Die Homeoffice-Pflicht schadet der Wirtschaft enorm», sagte die Zürcher Wirtschaftsministerin in einem Inter-

view mit der NZZ. Sie machte auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung geltend: «Wir können die Leute ja nicht unter Zwang nach Hause transportieren.»

#### Blick nach Deutschland

Deutschland ist beim Homeoffice schon einen Schritt weiter: Berlin hat gestern angekündigt, dass Arbeitgeber ab Juli kein Homeoffice mehr anbieten müssen. Dieser Teil des Infektionsschutz-

gesetzes – besser bekannt als «Bundesnotbremse» – werde damit Ende Juni auslaufen, sagte Kanzleramtschef Helge Braun in einem Interview. Das war eine Überraschung: Erst vor gut einer Woche hatte Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) der «Bild»-Zeitung gesagt: «Ich halte es für absolut richtig, wie vereinbart die Pflicht zum Homeoffice beizubehalten.» Denn das Virus sei noch nicht besiegt.

Nicht zur Homeoffice-Pflicht geäussert hat sich in ihrer Stellungnahme die Berner Regierung. Sie übt aber Kritik an der Komplexität der Vorschriften, die gemäss den Plänen des Bundesrats eher zu- als abnimmt. Der Regierungsrat schreibt, die unterschiedlichen Vorgaben je nach Bereich und Veranstaltungsart seien «herausfordernd» und «unübersichtlich».

In diese Kerbe schlägt auch der Kanton Zürich. Er schreibt, das Testkonzept des Bundes, «das bereits heute kaum mehr verständlich ist, wird noch weiter

**Für die Kantone sind die Vorgaben des Bundes insgesamt zu kompliziert.**

verkompliziert». In ihrer gemeinsamen Stellungnahme schreiben die Gesundheitsdirektoren der Kantone, die Bestimmungen seien zu kompliziert: «Für die Bevölkerung und die betroffenen Branchen ist die Befolgung von zahlreichen unterschiedlichen Vorgaben in Bezug auf Gruppengrössen, Quadratmeterzahlen, Kapazitätsbeschränkungen oder Schutzvorkehrungen zunehmend schwierig.» Der Bundesrat müsse prüfen, ob «Vereinfachungen möglich sind».

Der Bundesrat will nun die Stellungnahmen auswerten und am kommenden Mittwoch über sein fünftes Lockerungspaket entscheiden, welches dann am 28. Juni in Kraft tritt.

## Die Mehrheit lehnt das Rahmenabkommen ab

**Tamedia-Umfrage** 51 Prozent hätten gegen das Abkommen gestimmt. SP-Anhänger wären aber dafür gewesen.

Grosse Zweifel, dass das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union in der Bevölkerung eine Mehrheit finden würde: Das war einer der Gründe, warum der Bundesrat am 26. Mai die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Abkommen abgebrochen hat. Nun zeigt eine neue Tamedia-Umfrage, dass tatsächlich 51 Prozent der Befragten das Rahmenabkommen abgelehnt hätten. Zugestimmt hätten nur 35 Prozent.

Allerdings zeigen die Umfrageergebnisse auch, dass die Wählerinnen sich keineswegs sicher sind in ihrer Einstellung. Nur die Position der SVP-Wähler ist von uneingeschränkter Deutlichkeit: 82 Prozent lehnten das Verhandlungspaket ab. Die Wählerinnen anderer Parteien schwanken zwischen 57 Prozent Zustimmung bei der GLP und 53 Prozent Ablehnung bei der FDP.

In einer zweiten Frage der Tamedia-Erhebung wurde ermittelt, ob der Abbruch der Verhandlungen korrekt gewesen sei. Dem stimmten 55 Prozent der Befragten zu. Aber auch hier blieb die Verteilung unter den Anhängern



Sieht keine Widersprüche: Nationalrat Jon Pult. Foto: Keystone

der Parteien eindeutig: Mehr als 50 Prozent der Anhängerinnen von GLP, SP und Grünen hätten eine Fortsetzung der Gespräche mit der EU befürwortet – mehr als die Hälfte der Wähler von FDP und Mitte sprachen sich für den Abbruch aus. Nur 5 Prozent der SVP-Unterstützer hielten weitere Verhandlungen für sinnvoll.

Frühere Umfragen hatten noch eine klare Zustimmung der Bevölkerung zum Rahmenabkommen ergeben. So ermittelte das Forschungsinstitut GFS Bern Anfang Mai, dass 64 Prozent der Wählerinnen mit «Ja» oder «eher Ja» abstimmen würden – allerdings mit einer Fragestellung, die von Gegnern des Abkommens als tendenziös beschrieben wur-

de. Zudem wurde diese Erhebung vor dem Entscheid der Regierung gemacht.

«Der Bundesrat hat das Rahmenabkommen abgelehnt, und grosse Teile der Bevölkerung folgen dem Bundesrat – wie üblich», sagt Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen. Dem stimmen die Autoren der Tamedia-Umfrage, Lucas Leemann, Fabio Wasserfallen und Thomas Willi vom Institut Leewas, zu. Es handle sich um «eine selbsterfüllende Prophezeiung», schreiben sie. «Das Rahmenabkommen ist nicht mehr mehrheitsfähig, weil sich die Landesregierung gegen den Vertrag ausgesprochen hat.»

#### Die SP und der Lohnschutz

In diesem Kontext sei eine Ablehnung von 51 Prozent «nicht überwältigend», meint Grossen. Mit Unterstützung von FDP, Mitte und linken Parteien hätte ein Abkommen im Parlament und in einer Abstimmung grosse Chancen, ist Grossen überzeugt. Die Politik der GLP sieht er bestätigt: «Wir sind die Partei mit der höchsten Unterstützung von allen.» Auch Wähler von SP (55 Pro-

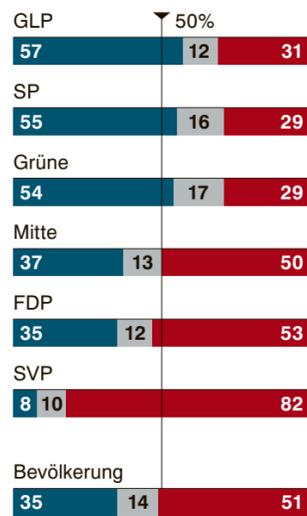
zent) und Grünen (54 Prozent) sprechen sich mehrheitlich fürs Abkommen aus – was im Fall der SP etwas überrascht. Immerhin hat die Partei mit ihrer harten Position beim Lohnschutz dazu beigetragen, das Abkommen zu torpedieren. Wird hier ein Widerspruch zwischen SP-Wählern und Parteiführung sichtbar?

«Ich sehe da keinen Widerspruch», sagt SP-Vizepräsident Jon Pult. «Die SP war immer für ein Rahmenabkommen, aber unter der Bedingung, dass der heutige Lohnschutz gehalten würde.» Natürlich gebe es innerhalb der Partei und ihrer Anhängerschaft «unterschiedliche Sensibilitäten und Prioritäten», und die SP habe sich, wie alle Parteien, «in dieser Geschichte nicht mit Ruhm bekleckert». «Aber wir diskutieren hier über einen Vertrag, über dessen Inhalt die allermeisten Menschen wenig wissen, weil das Ganze vom Bundesrat nie eingeordnet wurde», warnt Pult. Insofern müsse man alle Umfragen zum Thema «mit sehr grosser Vorsicht geniessen».

Hans Brandt

#### Rahmenabkommen: Hätten Sie ihm zugestimmt?

Stimmenscheid nach Parteipräferenz, in % (Total 16'249 gewichtete Antworten)



Grafik mru/Umfrage: 11.–13. Juni 2021. Max. Stichprobenfehlerbereich: 4%-Punkte. Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit der Leewas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Weitere Informationen unter [www.tamedia.ch](http://www.tamedia.ch).

## Keine Ausnahme bei Anlässen für Covid-Zertifizierte

**Pandemie** Personen mit einem Covid-Zertifikat sollen nicht von Zugangsbeschränkungen ausgenommen werden. Der Ständerat hat gestern einem entsprechenden Antrag der Einigungskonferenz zugestimmt. Ausnahmen für Geimpfte, Getestete und Genesene soll es also nicht geben. Die Einigungskonferenz folgte in diesem Punkt der grossen Kammer. Die Zustimmung im Nationalrat gilt als Formsache.

Der Ständerat hätte solche Privilegien gerne ins Covid-19-Gesetz geschrieben, fügte sich am Schluss aber dem Nationalrat. Es gebe zu viele ungelöste Fragen, etwa die Trennung von Personen mit und ohne Zertifikat, war dessen Hauptargument. Der Ständerat könne damit leben, sagte Kommissionssprecher Hannes Germann (SVP, SH) gestern im Rat.

Bereits geeinigt hatten sich die Räte bei der Hilfe für die Kultursparte. Sie soll Ende Jahr auslaufen, wie die anderen Unterstützungsmassnahmen auch. Der Nationalrat schwenkte in dieser Frage auf die Linie des Ständerats ein. (sda)